

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Stadtteilbeirates Findorff am 20.11.2012 im Ortsamt West, Waller Heerstraße 99

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

Nr.: XI/10/12

Anwesend sind:

Herr Stefan Bendrien (bis 20.10 Uhr)
Frau Hille Brünjes
Herr Christian Gloede
Herr Ulf Jacob (ab 18.25 Uhr)
Frau Heidi Locke
Herr Oliver Otwiaska
Frau Iris Wilkens

An der Teilnahme ist verhindert:

Herr Wilfried Kanngießner (i.V. Frau Locke)

Gäste:

Herr Leferink - Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Freudenberg - Architekturbüro Mielke + Freudenberg
Herr Renner - Architekturbüro Mielke + Freudenberg
Herr Piaskowski - Polizeirevier Findorff
Herr Reinkendorf - Beirat Findorff (ab 20.10 Uhr i.V. für Herrn Bendrien)
Herr Pelster - Beirat Findorff (bis 18.25 Uhr i.V. für Herrn Jacob)

Es wird sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, die Beratung des Tagesordnungspunktes 3 vorzuziehen, da es der geladenen Vertreterin des Amtes für Straßen und Brückenbau, Frau Bohn, nicht möglich ist, an der heutigen Fachausschusssitzung teilzunehmen. Die Tagesordnung wird sodann genehmigt und lautet nunmehr wie folgt:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/9/12 vom 16.10.2012

TOP 2: Grundwasserverunreinigungen im Bereich Münchener-/Nürnberger-/ Bayreuther-/Kastanien-/Tübinger-/Würzburger Straße

**TOP 3: Antrag auf Tempo 30
hier: Hemmstraße zwischen Admiralstraße und Eisenbahn**

TOP 4: Umnutzung des Marktbunkers in der Neukirchstraße

TOP 5: Verschiedenes/Mitteilungen des Amtes

- Verkehrsentwicklungsplan (Vorbereitung in den Fraktionen)
- Weidedamm III/Parkplatzsituation (Bericht aus der stattgefundenen Ortsbegehung)

nichtöffentlich:

TOP 6: Baugenehmigungsverfahren im Stadtteil

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/9/12 vom 16.10.2012

Das o.a. Protokoll liegt noch nicht vor.

TOP 2: Grundwasserverunreinigungen im Bereich Münchener-/Nürnberger-/ Bayreuther-/Kastanien-/Tübinger-/Würzburger Straße

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Leferink von der senatorischen Behörde für Umwelt, Bau und Verkehr und führt kurz in das Thema ein. Herr Leferink berichtet, dass in den letzten Jahren im Bereich Kohlenstraße Untersuchungen des Grundwassers durchgeführt wurden. Hierbei stellte sich heraus, dass das Grundwasser in diesem Bereich mit leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) verunreinigt ist. Als Quelle der Belastungen wird ein Gewerbegrundstück an der Kohlenstraße, auf dem die maximalen Konzentrationen gefunden wurden, vermutet, das u.a. als Kohlenlager, Brennstoffhandel und ab 1959 zur Lagerung von chemischen Produkten diente. Wie die Schadstoffe in den Boden gelangten, sei nicht mehr zu rekonstruieren. Die als Verursacherin vermutete Firma ist ohne Rechtsnachfolger erloschen; auf diese ist nicht mehr zuzugreifen. Was nach Bodenschutzrecht bleibt ist die Haftung des Grundstückseigentümers, diese ist allerdings nicht so weitreichend wie die des Verursachers und geht maximal nur bis zum Grundstückswert. Durch weitergehende Untersuchungen der Schadstoffbelastung im Jahr 2011 wurde versucht, das betroffene Gebiet besser einzugrenzen. Vor kurzem ist an die AnwohnerInnen in den o.g. Straßenzügen eine vorsorgliche Empfehlung ergangen, Wasser aus Gartenbrunnen bis auf weiteres nicht mehr zum Spielen, Befüllen von Planschbecken sowie als Gießwasser zu nutzen. Wenn diese Empfehlungen beachtet werden, sind gesundheitliche Beeinträchtigungen auszuschließen. Über die Anzahl der genutzten Gartenbrunnen liegen der Behörde keine Informationen vor; aus der betroffenen Anwohnerschaft liegen derzeit nur wenige Reaktionen vor.

Auf Nachfrage berichtet Herr Leferink, u.a. dass

- auf dem Gestra-Gelände LHKW-Verunreinigungen im Rahmen der Grundwasseranalytik festgestellt wurden; gegenwärtig laufen hier weitere Untersuchungen und es wird davon ausgegangen, dass auch in diesem Bereich die AnwohnerInnen entsprechend informiert werden.
- die Schadstofffahnen der angesprochenen Bereiche ‚Ortsteil Regensburger Straße‘ und ‚Gestra-Gelände‘ sich in Richtung Nord-Ost erstrecken und somit parallel zueinander laufen.
- aufgrund der Tatsache, dass die Verunreinigung über verschiedene Tiefenniveaus von 6 – 15 m und mit unterschiedlichen Konzentrationen geht, davon ausgegangen werden kann, dass eine größere Menge des Stoffes über den Boden in das Grundwasser gelangt ist. Dieses ist aber nicht mehr zu recherchieren.
- es betr. zum Schutz der menschlichen Gesundheit keine entsprechenden Grenzwerte gibt, deshalb die vorsorgliche Maßnahme der Behörde, das Grundwasser nicht zu nutzen.
- bei Starkregenereignissen der Stauwasserspiegel über den Grundwasserdeckschichten (Auelehmschichten) ansteigt. Die hier durchgeführten Messungen liegen weit unter den Deckschichten.
- weitere Informationen zum Thema „Grundwasserverunreinigungen“ unter www.umwelt.bremen.de zu finden sind (Stand von 2006, eine Aktualisierung wird im Frühjahr 2013 erfolgen).
- in der Regel nunmehr jährliche Untersuchungen durchgeführt werden.

- die Nutzung von LHKW-belastetem Grundwasser zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen kann. Z. B. beim Gießen mit Grundwasser besteht die Gefahr darin, dass die Stoffe über die Haut aufgenommen werden können. Weiter besteht bei der Beförderung des Grundwassers die Gefahr, dass die Stoffe ausgasen und in die Atemluft gelangen. Ein Transfer und eine Häufung der Stoffe in Pflanzen oder Früchte, die mit dem Grundwasser gegossen wurden, ist nicht in nennenswerten Maße und überhaupt relevanten bemerkenswerten Maße anzunehmen.
- geplant ist, die Ausdehnung der Grundwasserverunreinigung weiter zu untersuchen sowie den möglichen Quellen weiter nachzugehen. Falls sich aufgrund dieser Untersuchungen veränderte Erkenntnisse ergeben, werden die betroffenen AnwohnerInnen entsprechend informiert. Sollte eine Sanierung tatsächlich zum Einsatz kommen, wird erwartet, dass sich die Schadstofffahne reduziert, auch das wäre Anlass, die AnwohnerInnen wieder sofort zu informieren. Selbstverständlich wird das Ortsamt über die Ergebnisse auf dem Laufenden gehalten.
- für weitere Fragen Frau Benjamins, senatorische Dienststelle für Umwelt, Bau und Verkehr, Tel.: 361 6804, zur Verfügung steht.

TOP 3: Antrag auf Tempo 30

hier: Hemmstraße zwischen Admiralstraße und Eisenbahn

Die Vorsitzende führt kurz in das Thema ein. Das Schreiben des Amtes für Straßen und Verkehr, das aussagt, dass das ASV derzeit keine Möglichkeiten sieht, dem Antrag des Beirates zuzustimmen, liegt den Mitgliedern vor.

Nach eingehender Erörterung der Thematik wird einvernehmlich folgendes Fazit gezogen:

Der Beirat Findorff ist bereits seit längerer Zeit um die Attraktivitätssteigerung und eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Hemmstraßenabschnitts zwischen Admiralstraße und Eisenbahn bemüht und stellt in diesem Abschnitt eine positive Entwicklung fest. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf die ausdrückliche Unterstützung der Findorffer Geschäftsleute verwiesen, die eine Stärkung der Geschäftszone in diesem Bereich der Hemmstraße ebenfalls für dringend geboten halten. Im o. g. Abschnitt befinden sich derzeit 32 Geschäfte, so kann durchaus von einer Verlängerung der Haupteinkaufsstraße gesprochen werden. Inzwischen ist ein stärkerer Fußgängerverkehr mit häufigen Straßenquerungen sowie verstärktem Auto- und Parkplatzsuchverkehr zu verzeichnen. Dazu kommt die häufig höhere Geschwindigkeit der Fahrzeuge aus Richtung Walle kommend. Insgesamt kann hier deshalb vom Bestehen einer besonderen Gefahrenlage in diesem Abschnitt gesprochen werden. Gemäß Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter verweist der Beirat weiterhin auf die gestärkten Beiratsrechte. In § 10 Absatz 1 ist festgelegt, dass der jeweilige Beirat das Recht hat, über verkehrslenkende, -beschränkende und -beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind, zu entscheiden. Der Beirat Findorff fordert deshalb das Amt für Straßen und Verkehr auf, die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h unverzüglich auf diesen Abschnitt der Hemmstraße zu erweitern.

Das Ortsamt wird gebeten, der Fachbehörde die einstimmige Beschlusslage zu übermitteln.

TOP 4: Umnutzung des Marktbunkers in der Neukirchstraße

Herr Mielke und Herr Renner berichten über die geplante Umnutzung des Marktbunkers und den Anbau einer Gaststätte.

- Der Innenbereich des Bunkers wird zu Proberäumen (20) für Musiker umgebaut.
- Der Bunker soll einen barrierefrei zugänglichen, eingeschossigen Anbau erhalten. Hier wird eine Gastronomie entstehen. Die Gastronomie verfügt über einen ca. 95 m² großen Gastraum, Nebenräume, WC's (barrierefrei) und eine Außenterrasse.
- Da der Betreiber noch nicht feststeht, behält sich der Bauherr die genaue Definition der Gastronomie (wahrscheinlich Restaurant mit bierbegleitenden Speisen) vor.
- Das Architektenbüro behält sich außerdem vor, den Bau zu einem späteren Zeitpunkt aufzustocken und seine Büroräume dorthin zu verlegen.
- Auf dem Grundstück werden 6 Stellplätze eingerichtet.
- Sofern die Baugenehmigung vorliegt, soll mit den Baumaßnahmen begonnen werden (Bauzeit ca. 1 Jahr).

Der Bauantrag lag bereits im Rahmen der letzten Sitzung des Fachausschusses vor und wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 5: Verschiedenes/Mitteilungen des Amtes

- **Verkehrsentwicklungsplan** (Vorbereitung in den Fraktionen):

Herr Bendrien erläutert, dass der Beirat lt. Schreiben des Bauressorts aufgefordert wird, bis zum 15. Dezember, vorab die aus Sicht des Beirates 10 – 15 dringlichsten Verkehrsprobleme zu benennen. Herr Bendrien bietet an, die Ideensammlungen der Parteien zu sammeln und zusammenzutragen.

Abmachung: Ziel ist es, die Zusammenfassung im Rahmen der nächsten öffentlichen Sitzung (11.12.) als gemeinsame Position des Beirates vorzustellen und weitere Absprachen zu treffen.

Herr Bendrien sagt zu, entsprechendes vorzubereiten.

[sh. auch www.Bremen-Bewegen.de]

- **Weidedamm III/Parkplatzsituation (Bericht aus der stattgefundenen Ortsbegehung):**

Es hat eine Ortsbegehung stattgefunden, aus der von den Teilnehmenden folgendes Fazit zur Parkplatzsituation gezogen wird:

- Öffentlicher Parkraum ist knapp bemessen und gut belegt.
- Privater Parkraum ist kaum belegt; dieses stellt ein großes Problem dar.
- Es besteht die Möglichkeit, drei weitere öffentliche Parkplätze einzurichten, so könnte auf die Einrichtung von Parkplätzen im Bereich Wendepunkt Annette-Kolb-Straße verzichtet werden. Auf der Vorschlagsliste zum Thema „Car-Sharing“ ist der Punkt „Annette-Kolb-Straße“ zu streichen und der Vorschlag „Utbremer Ring/Am Weidedamm“ aufzunehmen.
- Die Frage steht im Raum, wie kann die Anwohnerschaft motiviert werden, die privaten Parkflächen zu nutzen?

Abmachung:

- Evtl. Lösungsmöglichkeiten sollen im Rahmen einer Fachausschusssitzung mit Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften (Gewoba, Espabau, Bauatelier Nord, Rausch, Bongartz) diskutiert werden.
- Die Stellungnahme zum Thema „Anhörung des Amtes für Straßen und Verkehr / Parken auf dem Wendepunkt Annette-Kolb-Straße“ wird vertagt.
- **Aufwertung der Münchener Straße** (der Antrag der SPD-Fraktion wurde anlässlich der Sitzung des Fachausschusses „Stadtteilentwicklung und Bürgerbeteiligung vom 13.11.2012 betr. der Ausführungen zum Thema „Aufwertung der Münchener Straße“ in den Fachausschuss „Bau“ verwiesen): Nach eingehender Diskussion ergeht folgende einstimmige Beschlussfassung:

„Der Ausschuss fordert, dass es unabhängig von der Entwicklungsagentur West eine Offensive geben muss, mit der auf die aktuelle Situation in der Münchner Straße reagiert werden muss.

Der Ausschuss beharrt daher auf die bereits vom gesamten Beirat mehrfach erhobene Forderung, nach der erfolgreichen Attraktivitätssteigerung in der Hemmstraße und Admiralstraße, zeitnah die Münchener Straße aufzuwerten. Hierzu liegen seit 2005 entsprechende Pläne vor.“

Das Ortsamt wird gebeten, die Bau-Deputationsvorlage für den 6. Dezember anzufordern.

- **Flächennutzungsplan, Neuaufstellung, Vorabinformationsveranstaltung:** Es wird angedacht, das Thema evtl. in gemeinsamer Sitzung der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen aufzurufen (12.12.). An der Auftaktveranstaltung am 28.11. im Brillissimo werden Frau Brünjes und Herr Otwiaska teilnehmen.
- **Lohmann- und Seeberger Straße, Fahrradabstellanlage, Anhörung des Amtes für Straßen und Verkehr:** Bei einer Enthaltung ergeht folgende Stellungnahme: „Der Stadtteilbeirat Findorff erteilt grundsätzliche Zustimmung unter der Voraussetzung, dass das nachbarliche Einverständnis vorliegt.“ Ferner wird sich dafür ausgesprochen, einen Kriterienkatalog für Anfragen dieser Art aufzustellen. Hierüber soll zunächst parteiintern beraten werden.
- **Baum-/Bankspende** (wegen einstiger Kanalbaumaßnahme Hemmstraße), Jubiläumsveranstaltung der Hansewasser am 25.09.2013: Als Jubiläumsgeschenk soll der Stadtteil Findorff eine Spende in Form einer Bank oder eines Baumes erhalten (weiter müsse der Standort entschieden werden). Absprache: Die Entscheidung soll letztendlich die Bevölkerung treffen. Frau Velten, Stadtteil-Kurier, wird gebeten, eine entsprechende Pressemitteilung zu verfassen. Vorschläge sollen dem Ortsamt mitgeteilt werden, WV: nächste FA-Sitzung (18.12.).
- **Eickedorfer Straße, Verkehrsanordnung:** Die provisorische Überfahrt Höhe Winterstraße wird dauerhaft für den Beidrichtungsverkehr hergestellt. Kenntnisnahme.
- **Aktion „Bremen räumt auf“:** Ab dem nächsten Jahr soll es zwei Aktionstage geben – den Schulputztag am 12.04. und den Bürgerputztag am 13.04.2012. Kenntnisnahme.
- **Findorffstraße 28-32, Grundwasserabsenkung** (die Erlaubnis war bis zum 31.10.12 befristet): Kenntnisnahme.
- **„Konsultationsprozess Windkraft“**, Informationsveranstaltung vom 19.11.12: Dem Sprecher des Ausschusses war eine Teilnahme am Termin nicht möglich. Der Stadtteil Findorff ist hier nicht in besonderer Form betroffen. Kenntnisnahme.

Verschiedenes:

- Herr Piaskowski berichtet auf Nachfrage, dass die Öffnung der Admiralstraße für Fr., 23.11. vorgesehen ist.
- Brücken im Weidedamm III-Gebiet. Im Fußwegbereich vor den Brücken haben sich Pflasterseine gelöst. Hier besteht Unfallgefahr. Das Ortsamt wird an die Fachbehörde herantreten.
- Im Rahmen der nächsten Sitzung soll über den Standort der neuen Geschwindigkeitsmessanlage gesprochen werden.
- Terminvorschläge für 2013 werden erbeten.
- Stellenbesetzung Ortsamt West/Sachgebiet Findorff: Die Vorsitzende berichtet auf Nachfrage zum Stand der Angelegenheit: Es hat ein Bewerbungsverfahren gegeben; die Stelle „Sachbearbeiter + Leitung der allgemeinen Verwaltung“ wird nunmehr zum 01.12. besetzt. Es geht nicht um die Stellvertreterrolle – den

klassischen Stellvertreter soll es nicht mehr geben. Herr Gloede zeigte sich irritiert über das Verfahren seitens der Senatskanzlei; in diesem Falle werden Aufgaben des stellvertretenden Ortsamtsleiters übertragen – dieses stellt aus seiner Sicht einen Eingriff in die Beiratsrechte dar. Der Beirat sollte im Rahmen seiner morgigen Koordinierungsrunde sein Befremden darüber zum Ausdruck bringen; außerdem wird auf den im Rahmen der letzten Beiratssitzung am 11.10. gefassten Beschluss verwiesen. Weiter besteht im Ausschuss die Auffassung, dass es im Ortsamtsbereich West einen stellvertretenden Ortsamtsleiter geben muss, dieser muss nicht zwingend die neue Person sein.

Es wird sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, die Angelegenheit in der morgigen Koordinierungsrunde anzusprechen.

Vorsitzende:

Sprecher:

Protokollantin:

- Pala -

- Otwiaska -

- Rohlf -